

# Eine Schule für den Frieden

2013 brach in Zentralafrika ein Bürgerkrieg zwischen Christen und Muslimen aus; die Lage bleibt prekär. Aber ein Projekt macht Hoffnung.

VON PHILIPP HEDEMANN

**BANGUI** Hand in Hand gehen Yarada und Movnira über den Schulhof. Die beiden sind beste Freundinnen. Dabei sollten sie sich hassen, sich gegenseitig den Tod wünschen. Das haben die Kämpfer christlicher und muslimischer Milizen den Mädchen einzureden versucht. Denn Yarada ist Christin, Movnira Muslima. Während des Bürgerkriegs in der Zentralafrikanischen Republik töteten und vergewaltigten Christen Muslime und Muslime Christen, doch die Freundschaft der Mädchen war stärker als der Hass der Fanatiker. Jetzt sollen sie eine wichtige Rolle bei der Versöhnung im zweitärmsten Land der Welt spielen.

Nachdem im März 2013 Rebellen den Präsidenten gestürzt hatten, brach in der ehemaligen französischen Kolonie ein Bürgerkrieg zwischen den muslimischen Séléka- und den christlichen Anti-Balaka-Milizen aus. Dabei ging es zunächst weniger um Religion, sondern vielmehr darum, dass der muslimische, noch ärmere Norden bei der Verteilung der Reichtümer des Landes – Gold, Diamanten, Holz – seit Jahrzehnten vom christlichen Süden übergangen worden war.

Tausende wurden getötet, rund ein Viertel der Einwohner musste fliehen. 10.000 Kinder kämpften nach Schätzungen im Bürgerkrieg. Viele von ihnen sind nie zur Schule gegangen. Beide Konfliktparteien setzten Vergewaltigungen systematisch als Kriegswaffe ein. Um den Gräueln ein Ende zu setzen, entsandte Frankreich ab Dezember 2013 über 1600 Soldaten, seit September 2014 soll eine UN-Blauhelm-Truppe den brüchigen Frieden sichern. Derzeit gehören der Mission fast 13.000 Soldaten, Polizisten und zivile Mitarbeiter an.

„Es waren ganz viele Männer. Sie kamen in unser Haus und schnitten meinem Vater mit einer Machete die Kehle durch. Ich habe alles gesehen und gehört“, erzählt Movnira. Während sie stockend spricht, nestelt sie mit einer Hand nervös an ihrem Kopftuch, mit der anderen greift sie nach Yaradas Hand.

Die Männer, die ihren Vater töteten, waren Kämpfer der christlichen Anti-Balaka. Nachdem die Bande ihren Vater ermordet hatte, floh Movnira mit ihrer Mutter und ihren Geschwistern in den benachbarten Tschad. Erst vor drei Monaten kehrte sie zurück. Als sie nach fast zwei Jahren Yarada wiedersah, erfuhr sie, dass auch ihre beste Freundin im Krieg Familienmitglieder verloren hatte. Die muslimischen Séléka hatten zwei ihrer Cousins getötet.

Die 13-jährige Yarada und die 14-jährige Movnira trösten sich nicht nur gegenseitig, sie lernen auch gemeinsam. In der Schule sitzen sie nebeneinander. „Ich bin so froh, dass der Unterricht wieder angefangen hat. Während des Krieges hat sich niemand hierher getraut. Aber viele Schüler fehlen noch. Manche sind geflohen, andere gibt es gar nicht mehr“, sagt Yarada.

Die Koudoukou-Schule in der Hauptstadt Bangui war vor dem Krieg eine der wichtigsten und größten Bildungseinrichtungen des Landes. Über 4000 muslimische

**„Die Männer schnitten meinem Vater mit einer Machete die Kehle durch“**

Movnira (14)

und christliche Jungen und Mädchen besuchten die Schule, die mitten im am heftigsten umkämpften Stadtteil PK5 liegt. Noch immer werden hier regelmäßig Christen und Muslime von Fanatikern der jeweils anderen Religion gelyncht.

„Viele unserer 800 Schüler sind traumatisiert. Deshalb ist es nicht leicht, den Krieg im Unterricht zu thematisieren. Aber um die Kinder

zu religiöser Toleranz zu erziehen, ist genau dies notwendig“, sagt der muslimische Direktor Soumaine Doukan, der im Krieg selbst drei Brüder und sein Haus verlor.

Doch damit die Schule zu einem Ort der Versöhnung werden konnte, musste sie zunächst wieder aufgebaut werden. Granaten und Kalaschnikow-Kugeln hatten Dächer, Fenster und Mauern durchsiebt, Plünderer hatten fast das gesamte Mobiliar gestohlen oder zerstört. „Weil die Schule direkt auf der Frontlinie zwischen Muslimen und Christen lag, hat sich keine Hilfsorganisation rangetraut“, erzählt Welthungerhilfe-Projektleiter Dirk Raateland. Während französische Soldaten und UN-Blauhelme sich nur in kugelsicheren Westen und schwerbewaffnet aufs Gelände trauten, teilte der meist mit einem traditionellen afrikanischen Hemd

beleidete Entwicklungshelfer christliche und muslimische Arbeitsgruppen ein, die die Schule gegen Bezahlung wieder aufbauten. „Wir haben klar gesagt, dass die Arbeiten sofort eingestellt werden, wenn jemand Waffen mitbringt oder es zu Konflikten zwischen den Religionsgruppen kommt“, sagt Raateland. Zwischen den Bauarbeitern blieb es friedlich; am Ende bildeten sich sogar Freundschaften.

Dennoch wurde das Projekt erst nach 14 Monaten abgeschlossen. Ursprünglich waren nur drei Monate eingeplant. „Kämpfe in der Nachbarschaft zwangen uns immer wieder, die Arbeiten zu unterbrechen. Doch seit der Papst Ende letzten Jahres in einer Moschee in unmittelbarer Nähe der Schule Muslime und Christen zur Versöhnung aufrief, ist es endlich auch hier meist relativ friedlich“, sagt Raateland.

Bildung, Versöhnung, medizinische Versorgung, Ernährung – Hilfsorganisationen übernehmen viele Aufgaben, die eigentlich dem Staat obliegen. Aus gutem Grund: „Leider ist die Regierung einfach noch nicht in der Lage, sich ausreichend um die humanitären Bedürfnisse der Bevölkerung zu kümmern. Deshalb ist es derzeit notwendig, dass die internationale Gemeinschaft hilft“, sagt Peter Eduard Weinstabel, Leiter des Verbindungsbüros der Deutschen Botschaft in Bangui.

Auch wenn über der Schule, in der Kinder und Jugendliche bis zur sechsten Klasse unterrichtet werden, ein Hubschrauber der französischen Armee kreist und Blauhelmsoldaten regelmäßig vor der Schule patrouillieren, scheint der erst vor wenigen Monaten zu Ende gegangene Bürgerkrieg in der großen Pause weit weg zu sein. Auf dem Schulhof spielen christliche und muslimische Schüler in gemischten Teams Fußball. Yarada und Movnira sind nicht die einzigen Kinder, die unterschiedlichen Religionen angehören und Hand in Hand über die weite Grasfläche gehen.

„Die Kinder leben viel mehr im Jetzt und Hier. Wenn sie über die Religionsgrenzen hinweg Freundschaften schließen, können sie auch uns Erwachsenen helfen, unsere schreckliche Vergangenheit endlich hinter uns zu lassen“, sagt Schulleiter Doukan. Yarada und Movnira sind dabei zwei seiner vielen Botschafterinnen und Botschafter. „Wir besuchen uns auch nach der Schule“, erzählt Movnira: „So sehen unsere Eltern, dass Christen und Muslime eigentlich gleich sind und miteinander befreundet sein können.“



Die Christin Yarada (13, l.) und die Muslima Movnira (14) in der Koudoukou-Schule in Bangui, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik.

FOTO: HEDEMANN



## Israels verschwundene Kinder

In den Gründungsjahren des jüdischen Staats sollen Tausende Kinder arabischer Einwanderer verschleppt worden sein. Jetzt könnten die Archive über dieses dunkle Kapitel geöffnet werden.

VON ARON HELLER

**JERUSALEM** (ap) Der ungeheuerliche Verdacht besteht seit Jahrzehnten: Kurz nach ihrer Ankunft in Israel in den 50er Jahren sollen Tausende Kinder arabischer Juden verschwunden sein. Viele Israelis sind überzeugt, dass die Babys entführt und kinderlosen Paaren mit europäischen Wurzeln übergeben wurden. Die Vorwürfe staatlich organisierten Kinderraubs hielten sich. Das dunkle Kapitel rührt an eines der sensibelsten Themen des jüdischen Staats: die Spannungen zwischen Juden europäischer Herkunft und Juden aus der arabischen Welt.

Jetzt könnte Israels Regierung die Archive öffnen. Den Schritt hat Nuri Koren initiiert, Abgeordnete der regierenden Likud-Partei mit jemenitischen Wurzeln und neu im Parlament. „Ich möchte die Wahrheit wissen. Ich will wissen, wer die Kinder genommen hat, wohin sie gebracht wurden und ob sie leben“, sagt sie. „Das ist eine schlimme Wunde, die geöffnet werden muss, um die Gesellschaft zu heilen.“

Nach der Gründung Israels 1948 wurden die aus dem Nahen Osten und dem Norden Afrikas ins Land strömenden Juden in provisorischen Durchgangslagern gesammelt. Von der aus Europa eingewanderten Elite des Landes fühlten sich die orientalischen, Arabisch sprechenden Immigranten schnell ausgegrenzt. Auch mehr als 50.000 jemenitische Juden kamen ins Land, oft mittellos und mit großen Familien. Manche Kinder starben im Cha-

os der Lager oder wurden von ihren Eltern getrennt.

Der Verdacht, dass viele Kinder aus dem Jemen, dem Irak, Tunesien oder Marokko verschleppt wurden, wird von Berichten der leiblichen Familien gestützt, die Einberufungsbescheide fürs Militär oder Steuernummern für die vermeintlich toten Kinder erhielten. Doch drei hochkarätig besetzte Kommissionen schlossen ihre Untersuchungen mit dem Ergebnis, die meisten Kinder seien an Krankheiten in den Lagern gestorben. Im jüngsten Bericht 2001 hieß es, einige seien möglicherweise von einzelnen Sozialarbeitern zur Adoption übergeben worden, aber nicht im Rahmen einer staatlichen Verschwörung.

Unter Verweis auf den Datenschutz sollten die Zeugenaussagen 70 Jahre lang unter Verschluss bleiben. Doch auf Drängen Korens beauftragte Regierungschef Benjamin

Netanjahu nun einen Minister mit der erneuten Prüfung und eventuellen Veröffentlichung des gesammelten Materials: „Es ist Zeit herauszufinden, was passiert ist, und Gerechtigkeit walten zu lassen.“

Vor allem Angehörige der zweiten und dritten Generation sorgten dafür, dass das öffentliche Interesse wieder aufflammte: Sie sammelten neue Zeugenaussagen, starteten Aufklärungskampagnen und richteten eine DNA-Datenbank für die Betroffenen ein. Avi Josef ist Korens Schwager und Leiter der Organisation „Achim Vekajamim“ („Brüder und immer noch da“). Der Anwalt schätzt, dass rund 5000 Kinder geraubt wurden, vor allem aus jemenitischen Familien in den 50er Jahren. Auch seine Tante und zwei seiner Cousins seien verschwunden.

Die Schilderung seiner Mutter ist typisch: Demnach sollte sie ihre vierjährige Schwester Saada ins

Krankenhaus bringen und erhielt nur Stunden später die Nachricht, ihre Schwester sei tot. Weitere Informationen gab es nicht, auch keinen Leichnam. Seine Familie habe gegen die Behörden nichts ausrichten können, erzählt der 45-jährige Josef: „Zuerst wurden sie traumatisiert, dann durften sie keine Ansprüche geltend machen. Sie ließen sie nicht einmal richtig trauern.“

Seine 84-jährige Mutter Jona weint, als sie ein altes Kinderbild aus dem Jemen umklammert. „Meine Schwester verschwand einfach, als hätten sie sie auf den Mond gebracht“, klagt sie. „Es tut mir noch immer im Herzen weh.“ Josef betont, die Kinder hätten nicht ohne institutionelle Unterstützung verschleppt werden können.

Der Dichter und Aktivist der Organisation Amram, Schlomi Hatuka, wird deutlicher: „Das ist ein Verbrechen größten Ausmaßes, das fast jede Familie angeht. Es ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und unterscheidet sich nicht von jedem anderen Holocaust.“ Er fordert die Freigabe aller Adoptionsakten in Israel: „Wer in den 50er Jahren adoptiert wurde, kann sich nicht sicher sein, wer seine Eltern waren.“

Nachdem die Berichte jahrelang als Schauermärchen abgetan wurden, zeichnet sich in der israelischen Bevölkerung inzwischen breite Unterstützung für neue Untersuchungen ab. Doch weil nur noch wenige Verantwortliche am Leben sind und andere die Öffentlichkeit scheuen, werden viele Schicksale vielleicht nie aufgeklärt.

## Kroatien ist Europas neuer Problemstaat

Die Staatskrise verhindert dringend nötige Reformen.

VON RUDOLF GRUBER

**ZAGREB** Vor wenigen Wochen haben die Kroaten das 25-jährige Bestehen ihrer Unabhängigkeit von Jugoslawien gefeiert, die sie sich 1991 blutig erkämpft hatten. Doch die Politiker erweisen sich seit Jahren als nur mäßig fähig, das Land zu regieren. Die letzte, erst im Januar installierte Koalition hielt nicht einmal fünf Monate. Ihr Scheitern war absehbar, denn der nationalistische Kroatianische Bund (HDZ), die stärkste Partei des Landes, und die neue Aufsteigerpartei Most („Brücke“) passen einfach nicht zusammen. Mitte Juni zerbrach die Regierung; im September wird neu gewählt.

Nicht überraschend ist, dass der Grund für das Aus die Korruption war: Deren Bekämpfung ist der HDZ kein Anliegen, während der populäre Most-Chef und Vizepremier Bozo Petrov sich zum Ziel gesetzt hat, das von der HDZ und ihrem Gründer Franjo Tudjman geschaffene mafiose System zu beseitigen. Die HDZ fürchtete um Pfründen und entzog dem parteilosen Premier Tihomir Oreskovic das Vertrauen.

Der unerfahrene Ex-Manager und Auslandskroate Oreskovic war eher eine Notlösung, weil Most den machtbesessenen und skandalumwitterten HDZ-Chef Tomislav Karamarko nur als Vizepremier, aber nicht als Regierungschef akzeptierte. Oreskovic wollte sich nicht zur Marionette Karamarkos, des eigentlich starken Mannes, degradieren lassen. Karamarko sei aber „an wirtschaftlichen Fragen und politischen

Reformen nicht interessiert“ gewesen, meinte der gestürzte Regierungschef hinterher etwas ratlos.

Karamarko ist direkt in einen Korruptionsfall verstrickt. Nach Medienberichten kassierte seine Frau Ana Saric-Karamarko 60.000 Euro „Beratungshonorar“ vom ungarischen Energiemulti Mol, der mit 49 Prozent Haupteigentümer des kroatischen Ölkonzerns Ina ist. Inzwischen ist Karamarko als HDZ-Chef zurückgetreten, weil er keine Mehrheit für eine neue Regierung zustande gebracht hat. Der frühere Premier und Parteichef der Sozialdemokraten, Zoran Milanovic, erhofft sich über die Neuwahl nun die Rückkehr an die Macht.

Für Most – bei der jüngsten Wahl im Herbst 2015 wie aus dem Nichts zur drittstärksten Partei aufgestiegen – ist der Ausflug an die Machtspitze schon wieder zu Ende. Petrov wurde kritisiert, zu idealistisch und zu wenig kompromissbereit gewesen zu sein. Doch zeigte sich die HDZ nicht weniger kompromisslos bei der Verteidigung ihrer Machtansprüche – wechselseitige Blockaden waren die Folge.

Kroatien steckt das achte Jahr in einer tiefen Wirtschaftskrise. Die Streiks nehmen zu, viele junge Leute wandern aus. Die überfälligen Reformen in Staatsverwaltung, Wirtschaft und Justiz liegen wegen der Staatskrise vorerst auf Eis. Damit dürfte das jüngste EU-Mitglied in erhebliche Konflikte mit den Vorgaben der Kommission in Brüssel kommen. Die Europäische Union hat einen neuen Problemstaat.



Das Leid der Vergangenheit: Jona Josef (84), im Jemen geborene Jüdin, mit einem Kinderbild. FOTO: AP